



Norbert Portz leitet beim Deutschen Städte- und Gemeindebund das Dezernat für Städtebau, Vergabe und Umwelt.

©DSG/Biening Angerer

INTERVIEW ZUM MONITOR 2021

11.03.2021

Weniger Wettbewerbe: "Corona stärkt andere Vergabeinstrumente"

Stadtplanungsexperte Norbert Portz erklärt, was die Virus-Krise mit Planungswettbewerben macht und was die Kommunen brauchen, damit die Ausschreibungen nicht ins Stocken geraten.

Text: Carlo Sporkmann und Nicolai Blank

Auch im Corona-Jahr hat die öffentliche Hand in den Bau investiert - und somit Ausschreibungen für Planungsleistungen auf den Weg gebracht. Norbert Portz, der beim kommunalen Spitzenverband DStGB die Abteilung für Vergaberecht erklärt, wie viel Einfluss die Pandemie bislang auf die Ausschreibungszahlen hatte, welche Entwicklung er im laufenden Jahr erwartet und wieso beim Planen Qualität ihren Preis hat.

Herr Portz, insgesamt haben die Ausschreibungen im vergangenen Jahr erneut zugelegt – eine Corona-Delle gibt es also nicht?

Das Wachstumstempo hat sich schon abgeflacht – nicht nur im Vergleich zu 2019, auch im Fünf-Jahres-Vergleich. Das geht ja deutlich aus den competitionline-Zahlen hervor. Dennoch muss man sehr richtig festhalten, dass die Ausschreibungslandschaft in der Corona-Zeit bislang kaum Federn lassen musste. Im Grundsatz wurde in der Pandemie nahtlos weitergeplant und auch gebaut. Das ist auch gut so, weil wir gerade in den Kommunen unter einem hohen Investitionsbedarf ächzen. Dieser betrug 2020 immerhin 147 Milliarden Euro. Wenn jetzt auch noch aufgehört würde zu investieren, könnte uns das schnell das Genick brechen.

Blicken wir mal auf die einzelnen Gebäudetypen – da hat der Verkehr die Schulen überholt ...

Was übrigens nicht heißt, dass den Städten und Gemeinden Straßen wichtiger sind als Schulen. Beim Verkehr muss man sehen, dass das ein Bereich ist, der sowohl vom Bund als auch von den Ländern wie auch von den Kommunen getragen wird. Bei den gut 40.000 Schulen in Deutschland sind zumeist die Kommunen die Träger und finanzieren diese. Von daher bin ich ganz zufrieden, dass weiter sehr viel in die Schulen investiert wird und Schulen mit so einem umfassenden Bereich wie dem Verkehr, der aus zumindest drei großen Töpfen finanziert wird, mithalten kann.

Im diesjährigen Monitor sticht heraus, dass der Anteil der Wettbewerbe an den Vergabeverfahren weiter abgenommen hat. Wie erklären Sie sich das?

Da würde mich die Entwicklung in den nächsten, hoffentlich weitgehend Corona-freien Jahren interessieren. Denn meine spontane Antwort würde lauten, dass der Rückgang bei den Wettbewerben rein Pandemie-bedingt ist. Wettbewerbe leben ja von der Präsenz, von den Schaulbildern und Tafeln, über die dann auch im haptischen Austausch die jeweiligen Jurys diskutieren. Alles das ist auf digitaler Ebene weitaus schwieriger. Ich sage nicht, dass es unmöglich ist, sonst gäbe es ja wegen Corona gar keine Wettbewerbe mehr; aber es ist eben schwieriger geworden. Ich denke, dass das die Zahlen stark beeinflusst, ohne dass ich das empirisch belegen kann.

Und wenn wir das jetzt mal verfahrensübergreifend auf 2021 und 2022 spiegeln – wohin geht die Reise?

Hoffentlich nach oben! Ich bin jedenfalls optimistisch. Aber klar ist auch: Der öffentliche Ausschreibungswettbewerb hat in Corona-Zeiten an Attraktivität verloren, es werden vermehrt andere Ausschreibungsarten genutzt, etwa bei Dringlichkeit. Nehmen wir das Beispiel neuer Impfzentren auf kommunaler Ebene. Dass es da oft keine langen Ausschreibungen mit vielen Wochenfristen gibt, sondern eher das Verhandlungsverfahren ohne Planungswettbewerb zum Tragen kommt, liegt in der Natur der Sache.

"Der öffentliche Ausschreibungswettbewerb hat in Corona-Zeiten an Attraktivität verloren"

Auch andere flexible Vergabeinstrumente gewinnen eine größere Bedeutung. Rahmenverträge etwa, die nach dem Motto ablaufen: einmal ausschreiben und dann bei einem oder mehreren Vertragspartnern bestimmte Leistungen mehrfach und ohne die Durchführung eines erneuten Wettbewerbs abrufen.

Vielleicht findet auch die Innovationspartnerschaft, die ja bis heute ein sehr rudimentäres Dasein führt, jedenfalls im Bereich der IT und ähnlichen Leistungen, ein Aufblühen. Das heißt aber nicht, dass die öffentliche Ausschreibung an Wert verliert. Dazu sind der Preisdruck und der Mehrwert von Wettbewerben zu groß. Die öffentliche Ausschreibung macht schon deswegen Sinn, weil wir bei kommunalen Beschaffungen viel zu wenig Angebote bekommen. Dann ist es gut, wenn über öffentliche Ausschreibungen ein breiterer Markt angestoßen wird, als das über die gezielte Ansprache nur eines oder weniger Unternehmen erfolgen kann, die dann die Preise bestimmen.

Nun argumentieren Architekt*innen, Stadtplaner*innen und Ingenieur*innen hinsichtlich der Ausschreibungspraxis weniger mit dem Preis als mit der Planungsqualität und der Suche nach der besten Lösung. Was halten Ihre Verbandsmitglieder eigentlich von der Baukultur?

Bei kommunalen Planungsleistungen, also etwa der Vergabe geistig-kreativer Leistungen, wie der Entwurfsplanung für den Neubau eines städtischen Kindergartens, ist der Preis für die Auftragserteilung gegenüber der Qualität der Planung nachrangig. Hier gilt: Wer billig plant, baut teuer.“ Dieser Grundsatz besteht auch nach der seit Anfang 2021 geltenden neuen HOAI fort. Auch nach dem neuen Recht muss bei der Vergabe von Planungsleistungen der „Leistungswettbewerb“ Vorrang haben. Zudem ist eine qualitätsvolle Planungs- und Baukultur ein wesentlicher Baustein für attraktive und vitale Kommunen. Das gilt speziell für lebenswerte Innenstädte.

Denn erst eine gute Baukultur, die eine qualitätsvolle Gestaltung öffentlicher Plätze umfasst, schafft den nötigen Erlebnisraum Innenstadt. Hiervon profitieren die örtliche Wirtschaft, die Gastronomie, die Kultur und damit die Menschen insgesamt. Für Städte und Gemeinden verweise ich insoweit auf die Durchführung von Planungswettbewerben.

"Eine qualitätsvolle Planungs- und Baukultur ist ein wesentlicher Baustein für attraktive und vitale Kommunen"

Insgesamt ist aber wichtig, dass sich bei der Durchführung kommunaler Vergaben genügend Wettbewerb ergibt. Hier stellen wir im Baubereich und speziell bei der Vergabe von Leistungen des Ausbaugewerks fest, dass der öffentliche Auftraggeber im Vergleich zum privaten Auftraggeber der unbeliebtere ist. Das auch deshalb, weil das Vergaberecht mit Formvorschriften, Bewerbungsbedingungen etc. die Bauherren stärker in Anspruch nimmt, als dass dies der rein private Auftraggeber, der hier viel freier ist, macht. Daher haben wir bei der Vergabe bestimmter öffentlicher Leistungen einen geringen Bewerbermarkt.

Da würden Architekt*innen und Ingenieur*innen, die sich im Rahmen von Teilnahmewettbewerben mit anderen Büros in zweistelliger Höhe auf Auslobungen bewerben, jetzt vermutlich heftig protestieren. Erkennen Sie im Bereich Planungsleistungen tatsächlich einen Bietermangel?

Für die Vergabe von Planungsleistungen gilt das Vorgesagte nur begrenzt. Zwar ist die Zahl der Planungsbüros rückläufig, Kommunen vergeben aber manche Leistungen oft monopolartig. Dazu gehören Leistungen, die, wie die Planung von Bibliotheken, Museen, Kitas oder Schulen, von rein privaten Auftraggeber*innen nicht oder kaum ausgeschrieben werden. Bei der öffentlichen Vergabe dieser Leistungen gibt es daher auch einen Bewerber- und Bieterwettbewerb.

Voraussetzung ist aber zum einen, dass die Kommunen als vergebende Stelle die Anforderungen, etwa an Umsatzzahlen und auch die bisher von den Büros durchgeführten Leistungen, nicht zu hoch ansetzen. Nur dann haben Berufsanfänger und die vielen kleineren Büros – über 90 % aller Planungsbüros in Deutschland haben weniger als zehn Mitarbeiter*innen – eine Chance, sich zu beteiligen. Zum anderen sollten Kommunen angesichts der von den Bewerbern für ihre Beteiligung am Wettbewerb aufzubringenden Kosten an diese stets eine angemessene Vergütung zahlen. Dies verbreitert die Teilnehmerzahl und damit den Wettbewerb.

Die Kommunen stemmen 60 Prozent der Bauvorhaben, und sie leiden stark unter Corona. Nur neue Hilfen sind bislang nicht in Sicht. Was muss da kommen?

Da muss für dieses Jahr sowie auch für die nächsten Jahre finanzielle Unterstützung kommen. Corona-bedingt drohen den Kommunen nach den jüngst veröffentlichten Haushaltszahlen allein im Zeitraum 2020 bis 2024 bis zu 50 Milliarden Euro Steuerverluste. Für 2020 haben Bund und Länder Milliardenhilfen an Unterstützung zugesagt, um die kommunalen Ausfälle bei der Gewerbesteuer, aber auch der Einkommensteuer zu kompensieren. Bund und Länder müssen aber einen zweiten Rettungsschirm für die Kommunalfinanzen mindestens für die Jahre 2021 und 2022 aufspannen. Unser Problem ist aktuell die Planungsunsicherheit bei kommunalen Investitionen. Wir wissen nicht, in welchem Umfang wir in diesem und im nächsten Jahr unterstützt werden. Es gibt noch keine definitiven Zusagen. Gerade jetzt brauchen wir aber starke Kommunen, die gegen die Wirtschaftskrise investieren und finanziell abgesicherte öffentliche Aufträge vergeben. Diese sind dringend erforderlich. Denn Vergabeverfahren dürfen erst dann beginnen, wenn die Projekte auch finanziell gesichert sind. Und je länger wir jetzt auf Zusagen warten, desto mehr drückt der Investitionsstau.

Es braucht also ...

... Planungssicherheit. Sprich: Die Ausfälle, die die Kommunen auch in diesem Jahr haben werden und die völlig unverschuldet sind, müssen schnell und umfassend kompensiert werden. Wenn eine Kommune nicht investieren kann, leiden sofort das Handwerk und der Mittelstand vor Ort. Das drückt wiederum die Einnahmen der Gewerbesteuer, aber auch der Einkommensteuer. Es ist ein Teufelskreis. Aber mehr noch: Nicht nur die Steuern bleiben aus, im Grunde ist es ein Ausfall für alle, weil die Infrastruktur leidet. Schüler gehen in schlechtere Schulen, Straßen werden nicht geflickt, Bahnen, die nötig wären in den ländlichen Raum, werden nicht gebaut und so weiter. Wir brauchen dringend und schnell umgesetzte öffentliche Investitionen, um die erforderlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge, etwa auch im Sport für Kinder und Jugendliche, oder der Kultur am Laufen zu halten. Es schadet den Menschen vor Ort, wenn diese Aufgaben wegbrechen und Bund und Länder die Milliarden zurückhalten. Die Zahlen für 2021 und 2022 liegen seit Herbst auf dem Tisch, der erforderliche Finanzbetrag noch nicht.

"Die Ausfälle, die die Kommunen auch in diesem Jahr haben werden, müssen schnell und umfassend kompensiert werden"

Vergangenes Jahr gab es ja nicht nur pauschal zwölf Milliarden für die Steuerausfälle, sondern der Bund will sich auch langfristig mehr an den Unterbringungskosten für Hartz-IV-Empfänger beteiligen – ist das nichts?

Doch, doch, absolut. Das ist sehr gut, sinnvoll und wichtig, weil die KDU (Anmerkung: Kosten der Unterbringung beispielsweise für Hartz-IV-Empfänger*innen) einfach immens in die Höhe gegangen sind und viele Kommunen zu ersticken drohen. Aber es braucht auch noch die Altschuldenhilfe. Dabei geht es darum, dass bestimmte Kommunen in vor allem NRW, Rheinland-Pfalz und dem Saarland in die Lage versetzt werden zu investieren. Sonst fallen strukturschwache Kommunen hier aus. Schon heute besteht ein Riesengefälle zwischen den Kommunen. Das droht immer größer zu werden. Ziel muss aber sein, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland zu sichern.

Ein Gefälle, das irgendwo aber auch hausgemacht ist, wenn ich an den Strukturwandel im Ruhrgebiet denke, der jahrelang verschlafen wurde ...

Na ja. Ob der Strukturwandel in NRW oder Konversionsmaßnahmen in Rheinland-Pfalz und der Abzug der Amerikaner so allein hausgemacht sind, bezweifle ich ... Aber so kurzfristig sehe ich beim Thema Altschulden ohnehin keine Lösung, da wir bereits kurz vor dem Wahlkampf stehen und SPD und CDU jetzt wohl keine Einigung erzielen werden. Nur was die anderen Hilfen angeht, muss es vor der Wahl konkrete Zusagen geben. Nehmen Sie das Thema Einzelhandel in unseren Innenstädten. Wer kann da noch überleben, und wer zahlt da demnächst noch Gewerbesteuer? Der Handelsverband HDE befürchtet über 50.000 Schließungen in Innenstädten – heißt auch: Über 50.000-mal keine Gewerbesteuer mehr für Kommunen. Schon von daher sollte unstrittig sein, dass es auch 2021 und 2022 Hilfen braucht, damit Kommunen bei Kita, Schule und Co. noch die Leistungen erbringen können, die nötig sind. Die nötigen Hilfen und Kompensation der Ausfälle für die Kommunen sind ja im Ergebnis nichts anderes als Hilfen für die Bürger*innen und damit für die Menschen vor Ort.

Herr Portz, vielen Dank.

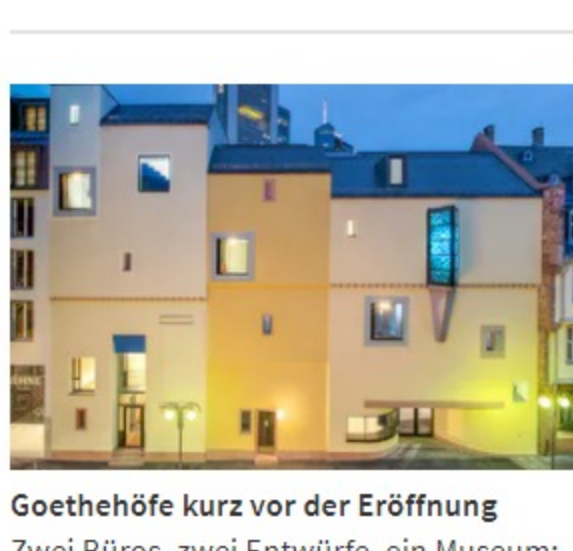
Mehr:

- Monitor 2021: Das Trotz-Corona-Jahr
- Alle Monitore und Marktzahlen der vergangenen Jahre im Überblick

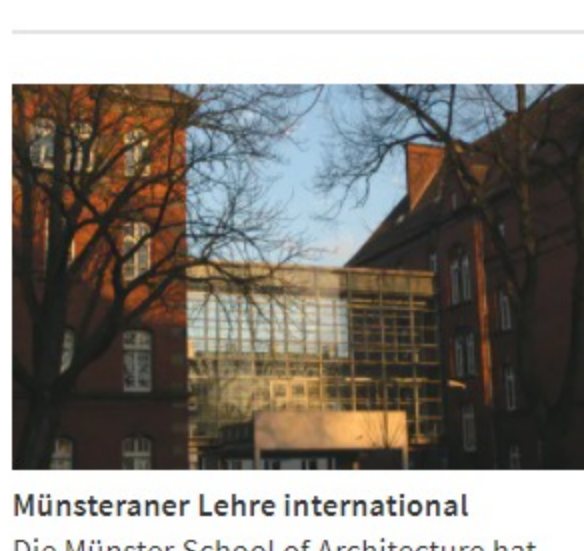
Weitere Artikel



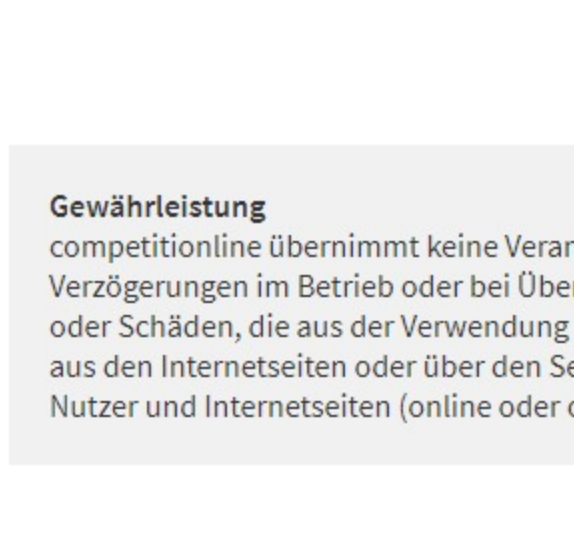
Monitor 2021: Das Trotz-Corona-Jahr
Überraschung am Ausschreibungsmarkt: Die Branche wächst auch im ...



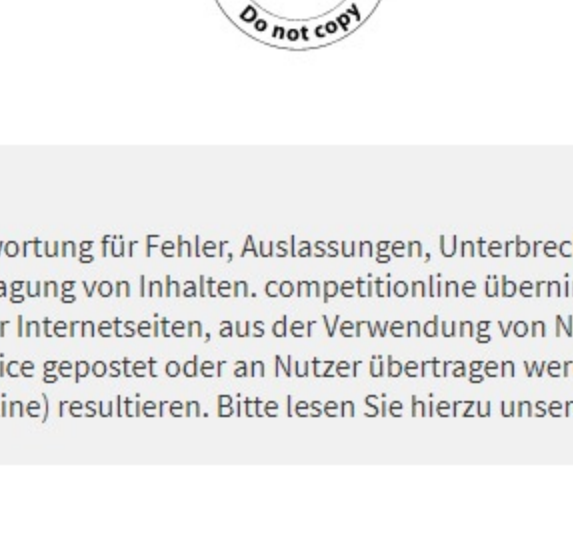
Die Mammutaufgabe
Bis 2035 fehlen laut Bundesregierung Über zwei Millionen altersgerechte ...



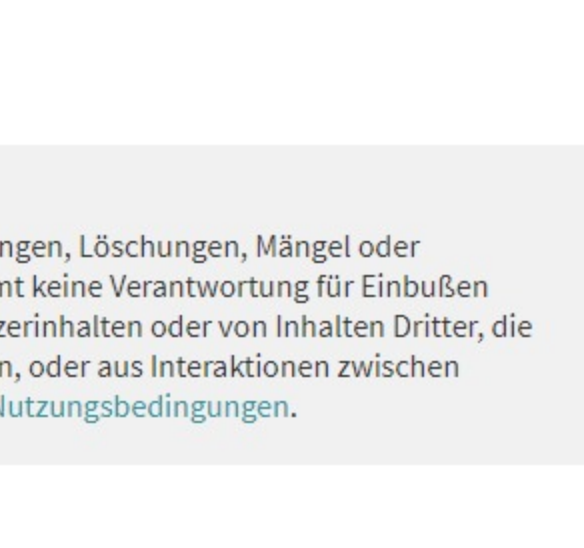
So viele Architekt*innen sind aktuell im Homeoffice
hat bei Planer*innen keinen leichten Stand, wie unsere ...



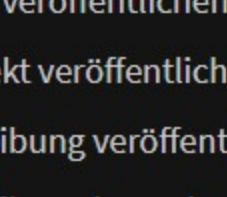
Bau: Deutlich weniger Interesse am Hinterlässt der Mietendeckel wie befürchtet Spuren auf dem ...



Goethehöfe kurz vor der Eröffnung
Zwei Büros, zwei Entwürfe, ein Museum: 2021 sollen die Goethehöfe - Deutsches ...



Münsteraner Lehre International
Die Münster School of Architecture hat das Qualitätssiegel der Uik erhalten. ...



Gewährleistung
competitionline übernimmt keine Verantwortung für Fehler, Auslassungen, Unterbrechungen, Löschungen, Mängel oder Verzögerungen im Betrieb oder bei Übertragung von Inhalten. competitionline übernimmt keine Verantwortung für Einbußen oder Schäden, die aus der Verwendung der Internetseiten, aus der Verwendung von Nutzerinhalten oder von Inhalten Dritter, die aus den Internetseiten oder über den Service gepostet oder an Nutzer übertragen werden, oder aus Interaktionen zwischen Nutzer und Internetseiten (online oder offline) resultieren. Bitte lesen Sie hierzu unsere Nutzungsbedingungen.



Weitere Artikel



In anderen Ländern längst Standard
Beim selbstbestimmten Wohnen im Alter hinkt Deutschland im internationalen ...



Monitor 2021: Das Trotz-Corona-Jahr
Überraschung am Ausschreibungsmarkt: Die Branche wächst auch im ...



Die Mammutaufgabe
Bis 2035 fehlen laut Bundesregierung Über zwei Millionen altersgerechte ...



So viele Architekt*innen sind aktuell im Homeoffice
hat bei Planer*innen keinen leichten Stand, wie unsere ...



Goethehöfe kurz vor der Eröffnung
Zwei Büros, zwei Entwürfe, ein Museum: 2021 sollen die Goethehöfe - Deutsches ...



Auf manchen Baustellen in Japan stehen
Damit Europa bis 2050 klimaneutral wird, müssten viel mehr Gebäude saniert ...

Architekten und Ingenieure

Newsletter abonnieren

Büro eintragen

Jobanzeige schalten

Jetzt Mitglied werden

Services

Ergebnis veröffentlichen

Bauprojekt veröffentlichen

Ausschreibung veröffentlichen

Ausschreibung bewerben

Ausschreibungsmonitor

Werbekunden

Werben auf competitionline

Mediadaten

Zugriffsstatistik

Mehr

Über uns

competitionline für Bauherren

Kontakt

Nutzungsbedingungen

FAQ

